

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1925**

9.3.1925 (No. 68)

# Badischer Beobachter

Ercheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienrat“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrundschau“ und „Sterne und Blumen“. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: nachm. halb 6 Uhr. — Druck- und Verlagsanstalt: Badischer Beobachter, — Postfach 1000, Karlsruhe 1844. Fernr.: 533, Redaktion 572. — In Fällen von bösserer Gewalt beliebt sein Ansehen auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Bezugspreis: monatlich durch Träger Mk. 2.30 (bei der Abbestellung in Karlsruhe Mk. 2.20), wochentl. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf der Monatsfrist erfolgen. Anzeigenpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Restmontat 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsvoller Verbreitung und bei Konkurs wegfällt.

## Die Eisenbahner-Streiklage.

### Die Forderungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 9. März. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte Sonntag vormittag eine Versammlung einberufen, in der der Bezirksleiter für Berlin, Dressel, über den Stand der Lohnbewegung und die Stellung der Reichsbahndirektion Bericht erstattete. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden drei Forderungen:

- Erstens: Sofortige Verhandlungen mit den Tarifgemeinschaften, um einen den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Lohn zu vereinbaren;
- Zweitens: Beseitigung der Schicht und Gebirge (Alfordsystem) und
- Drittens: Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit.

Der Redner betonte, daß der Deutsche Eisenbahnerverband bemüht gewesen sei, die obigen Forderungen auf friedlichem Wege zu lösen, daß aber infolge des ablehnenden Standpunktes der Reichsbahndirektion die Verhandlungen ergebnislos verliefen und keine Zugeständnisse erzielt worden seien. Er erklärte, daß die Lohnbewegung nicht erst seit gestern und heute bestehe. Das Realeinkommen der Eisenbahnarbeiter, der unteren und mittleren Beamtenschaft gegenüber dem Friedensstand infolge der hohen Abzüge gesunken, daß man für die Streikbrecher und den Bahnschutz Millionen übrig habe. In seinen weiteren Ausführungen ging er auf die Frage der Arbeitszeit ein. Der Kampf der Eisenbahner sei ein rein wirtschaftlicher und werde von dem Selbsthaltungstrieb diktiert. Dem Referat schloß sich eine Diskussion an, in der im wesentlichen die Ausführungen des Redners über die Lohnverhältnisse und die Ueberpannung der Arbeitszeit unterstrichen wurden. Es wurden einige Stimmen laut, die eine Ausdehnung des Streiks auf die Betriebswerkstätten und die Rangierbetriebe forderten; eine entsprechende Entscheidung wurde abgelehnt.

Der Bezirksleiter Dressel warnte in einem Schlußwort vor Teilkaktionen. Es wurde eine von dem Verammlungsleiter vorgelegte Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Deutsche Eisenbahnerverband die ablehnende Stellungnahme der Eisenbahnerverwaltung mit Empörung und Enttäufung aufnehmen und daß die Verammlung von dem Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Aufruf zum allgemeinen Kampf erwarde.

### Die Streiklage in Berlin.

Berlin, 9. März. Trotz der Aufforderung der Generalität, die Streikbasis nicht zu verbreitern, haben die Arbeiter, die auf den Güterböden und Umladehallen, sowie in den Rangierstationen beschäftigt sind, doch ihre Dienststellen verlassen. Sonntag morgen waren folgende Bahnhöfe befreit: Stettiner und Anhalter Güterbahnhöfe, Pantow, wo rund 75 Prozent der Arbeiterschaft streikt, Rummelsburg, Schlesischer Bahnhof, Westend, Hamburg-Dehner Güterbahnhof, Potsdamer Güterbahnhof und Umladebahnhof Neu-Kölln. Der Ausfall der Güterbödenarbeiter wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in Berlin in den nächsten Tagen noch nicht allzusehr bemerkbar machen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß a. B. auf dem Potsdamer Güterbahnhof die von der Verwaltung zur Unterstützung der Arbeiten herangezogenen unteren Beamten sich geweigert haben, diesen Dienst zu tun. Sehr wahrscheinlich wird es deswegen noch zu Auseinandersetzungen kommen. Dagegen ist die Reichsbahn in einer augenblicklich nicht ungünstigen Lage, da die Monate März und auch April zu den sogenannten verkehrsarmen Monaten gehören. Weiter ist der Reparaturstand auf den Reichsbahndirektionen ein relativ sehr günstiger und durch Serranierung der Privatindustrie wird es auch möglich, besonders das für den Personenverkehr notwendige Material an Lokomotiven und Wagen instand zu halten. Aus diesen beiden Gründen heraus ist auch anzunehmen, daß der Kampf, der die deutsche Wirtschaft schon jetzt nicht unerheblich schädigt, nicht von allzulanger Dauer sein wird. Es fragt sich nur, ob die unteren Beamten in diesem Streik der Eisenbahnarbeiter eine neutrale Haltung bewahren werden. Montag (heute) vormittag findet bereits eine Sitzung der Arbeitergewerkschaften in Berlin statt, in der bereits die Frage einer Erweiterung der Streikbasis aus-

fühlich behandelt wird. Am Nachmittag schließt sich daran eine Sitzung mit den Beamtengewerkschaften aller Richtungen. Es ist zu hoffen, daß in dieser zweiten Sitzung nicht Beschlüsse gefaßt werden, die eine ernsthafte Gefährdung des gesamten Bahnbetriebs bedeuten würden.

### Keine Verschärfung des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 9. März. Entgegen anders lautenden Meldungen wird dem „Montag“ von unterrichteter Stelle versichert, daß nach den eingegangenen Berichten der einzelnen Eisenbahndirektionen eine Verschärfung in der Streikbewegung nicht eingetreten ist.

### Eine Darstellung der Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin, 9. März. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Die Behauptung, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ein Trauer-Lundgebungs für den verstorbenen Reichspräsidenten unterzagt habe, ist eine tendenziöse Entstellung. Am Tage der Trauerfeierlichkeiten in Berlin war für das Berliner Eisenbahnerpersonal von 1 Uhr mittags ab Gelegenheit gegeben worden, an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen. In weitgehendem Maße hat sich das deutsche Eisenbahnerpersonal nicht nur in Berlin, sondern an allen Orten Deutschlands an der Trauerkundgebung aktiv beteiligt, wie es jeder Teilnehmer an der Trauerkundgebung zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten bestätigen kann.

Der für die Stunde der Beizehung angeregten Verkehrs- und Betriebspause konnte die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft aus Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Verkehr und Verkehrsmittel nicht zustimmen. Auch ist bereits betont worden, daß Arbeiter, die sich an einzelnen wenigen Stellen trotzdem an der Betriebspause beteiligen, einen finanziellen und wirtschaftlichen Schaden nicht erleiden. Es bedeutet eine Verschönerung der Sachlage, wenn dieses Moment in den Vordergrund geschoben wird, um ein Verschulden der Reichsbahn-Gesellschaft an der Streikbewegung zu konstruieren.

Auf die wirkliche Sachlage sei noch einmal hingewiesen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat den Eisenbahnarbeitern immer wieder angeboten, ihre Löhne dort, wo sie unter den Industriebeschäftigten liegen, an diese anzugleichen. Das haben die beteiligten Gewerkschaften abgelehnt und eine allgemeine Lohnerhöhung gefordert. Eine solche glaubt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft zurzeit vermeiden zu müssen, um nicht im gesamten Deutschland eine allgemeine Lohnsteigerung auszulösen und damit die Gefahr einer Preissteigerung und neuen Inflation heraufzubeschwören. Die Reichsbahn muß bei ihrer finanziellen Belastung für jede neue Ausgabe eine Einnahmequelle suchen. Eine Erhöhung der Personaltarife würde sich bei einer Lohn- und Gehaltsaufbesserung nicht vermeiden lassen.

Es ist mit aller Zuversicht zu hoffen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft Ruhe bewahrt und sich an einer Streikbewegung nicht beteiligt. Es ist irreführend, wenn die Reichsbahn-Gesellschaft deutscher Eisenbahnen, die den streikenden Arbeitern ihre Sympathie ausgesprochen hat, mit der gesamten Beamtenschaft der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft identifiziert wird. Der Reichsbahnbeamte weiß zur Genüge, daß er kein Streikrecht besitzt. Ihm ist bewußt, daß er sich durch Dienstverweigerung eines Dienstvergehens schuldig macht und ihm Dienstentlassung oder Kündigung bevorstehen würden. Der Weg, den Reichsbahnbeamten als Schlichter anzurufen, bleibt immer noch offen. Nach den vereinbarten Bestimmungen ist dieser Schritt zu gehen, bevor seitens der einen Vertragspartei in den Streik getreten wird.

### Symans über die belgische Außenpolitik.

Brüssel, 9. März. Außenminister Symans, der heute Nachmittag nach Paris abreist, hat gestern in einer Versammlung des Literatenerbundes über die allgemeine inner- und außenpolitische Lage gesprochen. Dabei führt er u. a. aus, daß endgültige Schicksal des Genfer Protokolls sei noch ungeklärt. Belgien habe die Pflicht, aus eigenen Mitteln über seine Sicherheit zu machen und gleichzeitig positive politische Garantien von Außen zu erstreben. Die Sicherheit Belgiens interessiert in gleichem Maße Frankreich und Großbritannien. Im übrigen sei festzustellen, daß sich der Gedanke eines Rates der Weltmächte immer mehr verbreitet habe. Die Sicherheitsfrage sei zum brennendsten Problem der Öffentlichkeit geworden. Belgien verfolge keine Eroberungspolitik. Es habe nur den Wunsch, ehrenvoll, friedlich und in Sicherheit zu leben.

### Zur Zusammenkunft Strzyniecki mit Chamberlain.

Paris, 7. März. Der gestrige Empfang in der britischen Botschaft zog sich von abends 8 Uhr bis nach 11 Uhr hin. Viel beachtet wurde, daß Herriot, als er nach dem Quai d'Orsay zurückkehrte, ein umfangreiches Exemplar des Friedensvertrages von 1919 unter dem Arme trug. An Hand der heute vorliegenden und offenbar verbürgten Presseinformationen läßt sich sagen, daß die französische Regierung die deutschen Sicherungsvorschläge nicht rundweg abschlägt. Herriot erwähnte Gegenvorschläge, über deren Inhalt noch nichts Bestimmtes verlautet. Die Morgenblätter bestätigen ebenfalls, daß der französische Ministerpräsident die Ausdehnung der deutschen Garantievorläge auf die polnische Grenze nach wie vor als nötig erachte. Den rechtsstehenden Blättern zufolge soll Herriot dem polnischen Außenminister im Verlaufe der gestrigen Nachmittagstagesfindenden Aussprache nur ausweichend geantwortet und auch eine recht zage Zusage gegeben haben.

### Vertagung der Zentrumsentscheidung.

Berlin, 9. März. Die Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preussischen Landtags hielten Sonntag im Reichstagsgebäude eine gemeinsame Sitzung ab, an der auch Marx teilnahm. Die Vergalten der Erörterung der Präsidentschaftskandidaturen. Entscheidungen wurden nicht getroffen. Es wurde aber beschlossen, den Reichsparteivorstand des Zentrums für Dienstag und den Parteianschluß für Mittwoch nach Berlin einzuberufen. Diese Instanzen werden die endgültige Entscheidung über die Haltung des Zentrums in der Präsidentschaftsfrage zu fällen haben.

### Förderung der Gesundheitsstatistik durch die Volks- und Betriebszählung.

Im Hinblick auf die für den 16. Juni 1925 geplante Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich hat die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene an den Reichstag eine Petition gerichtet. Der Reichstag wird gebeten, dahin zu wirken, daß gelegentlich dieser Volkszählung danach gefragt wird, wer der Invalidenversicherung angehört. Die Bitte wird folgendermaßen begründet:

„Die Gesundheitsstatistik ist im Deutschen Reich noch sehr mangelhaft gestaltet; sie steht a. B. der englischen Gesundheitsstatistik erheblich nach. Kostspielige Wünsche auf dem Gebiete der Gesundheitsstatistik wollen wir jetzt mit Rücksicht auf die geldlichen Verhältnisse im Deutschen Reich nicht aussprechen. Aber es muß doch betont werden, daß die Frage nach der Zugehörigkeit zur Invalidenversicherung bei der Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1925 gestellt wurde, und daß man allgemein bedauert hat, nicht schon bei der Volkszählung vom Jahre 1925 entsprechende Feststellungen durchgeführt zu haben. Ohne Schwierigkeiten und ohne Geldaufwand ließe sich in der für die Zählung am 16. Juni 1925 zu benutzenden Haushaltungsliste, wie sie als Drucksache 1 vorliegt, die Frage nach der Zugehörigkeit zur Invalidenversicherung zwischen Spalte 12 und 16 einfügen.“

Würde man eine Statistik der gegen Invalidität Versicherten besitzen, so würde dies, wie übereinstimmend von allen in Betracht kommenden Forschern dargelegt wurde, die Gesundheitsstatistik wesentlich fördern. Man würde nicht nur die Altersbestimmung der Versicherten mit der Altersbestimmung der Nichtversicherten vergleichen können, was einen wichtigen Einblick in die gesundheitliche Lage der Versicherten gewähren würde, man könnte vor allem dann den jetzt ganz unbenutzt daliegenden, bedeutungsvollen Zahlenstoff der Landesversicherungsanstalten über die Invaliditätsursachen für die Gesundheitsstatistik verwenden. Gerade dieser Zahlenstoff ist als besonders zuverlässig zu betrachten, da die Angaben der Invaliditätsursachen auf genauer ärztlicher Untersuchung und Veranschaulichung beruhen; die Invaliditätsursachenstatistik wäre für viel sicherer als die Todesursachenstatistik und Krankheitsursachenstatistik, insbesondere der Krankenlisten, zu erachten. Um die Angaben der Invaliditätsursachen benutzen zu können, muß aber die Zahl der Versicherten, aus denen die Invaliditätsrentner hervorgegangen sind, bekannt sein.“

Wie wir erfahren, haben sich bereits mehrere Reichstagsabgeordnete großer Parteien bereit erklärt, den für die Erforschung der Gesundheitszustände bedeutungsvollen Antrag der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene bei der nächsten Sitzung des Reichstags zu unterstützen.

### Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Von Dr. Ludwig Müns.

Es wird nicht mehr lange dauern und wir werden wieder einmal an die Wahlurnen treten müssen, um den Reichspräsidenten zu wählen. Die Presse fängt allmählich an, darauf eingehender hinzuweisen. Leider findet man aber kaum Aufsätze, die sich sachlich und ruhig einmal mit dem Ziel und der Bedeutung dieser Staatsinstitution befassen, sondern man schiebt immer wieder ausschließlich Persönliches in den Vordergrund und nennt bald die oder die Persönlichkeit, je nach der Parteistellung. Man denkt zu wenig daran, daß die gedeihliche Entwicklung eines jeden Volksstaates durch aktive Mitarbeit aller Volksgenossen am Staatsleben, solche Mitarbeit aber wiederum durch genaue Kenntnis der staatlichen Einrichtungen bedingt ist. Kennt man diese erst einmal genau, weiß ihre Bedeutung, dann fällt einem die Entscheidung als Staatsbürger an der Urne nicht mehr so schwer. Darum ist der nachfolgende Aufsatz aus dem Wunsche heraus geschrieben, einen bescheidenen Beitrag zur Vermittlung dieser notwendigen Kenntnis zu geben.

I. Als die moderne Demokratie geirrtet wurde, so stellte man als Grundforderung auf, daß an der Spitze der Republik kein einzelner stehen dürfe, sondern ein Kollegium von Männern, die sich gegenseitig in Schranken hielten. Calvin schreibt in seiner Institution chrétienne, „daß er jene Regierungsform bevorzuge, wo mehrere Regierende gemeinschaftlich sich gegenseitig unterstützen und ihres Amtes walten derart, daß, wenn einer sich zu hoch erhebe, die anderen seine Jenseitigen und Herren seien.“ In England kam diese Idee zum erstenmal zum Durchbruch, und von da fand sie Eingang in Amerika. In Frankreich fand sie Ausdruck in der Direktorial- und Konföderalverfassung. Doch nicht lange danach wurde die kollegiale Spitze durch den Einzelgänger der Gewalt verdrängt. Bald traten neue Schattierungen auf. So haben wir heute drei Typen der republikanischen Spitze.

In Amerika haben wir den sog. Präsidentschaftstyp. Seine Hauptmerkmale sind: Er wird durch Volkswahl bestellt. Zwar erfolgt nach dem Verfassungstexte die Wahl des Präsidents durch die sog. Wahlmänner, deren jeder Einzelstaat so viele ernannt, als er Repräsentanten und Senatoren im Kongresse besitzt. Seit 1820 hat sich die Sitte herausgebildet, daß die Wahlmänner bloß das Sprachrohr der Parteimachungen sind. Wen die großen Parteien auf ihren Nationaltagungen als Kandidaten aufstellen, den wählen die zugehörigen Wahlmänner. Daher gilt die Wahl des Präsidents schon im November für entschieden und die Abstimmung der Wahlmänner im Monat Januar ist reine Formsache. So ist die indirekte Präsidentschaft in eine direkte Volkswahl umgewandelt. Der Präsidents hat in Amerika kein Recht, das Parlament aufzulösen, kein Recht, Minister zu bestellen, die auch dem Parlament verantwortlich wären. Die von ihm bestellten Minister sind bloß seine Gehilfen. Ebenso hat der Präsidents kein Verordnungsrecht. Er ist politisch dem Volke verantwortlich.

Bei dem Kabinetstyp, der in parlamentarisch regierten Republiken (z. B. Frankreich) herrscht, wird der Präsidents nicht vom Volke bestellt, sondern von dem zur Nationalversammlung zusammen tretenden Parlament. Er hat ein unmittelbares und weitgehendes Verordnungsrecht. Er bestellt ein dem Parlament verantwortliches Kabinett, das bei Erteilung eines Mißtrauensvotums durch das Parlament ab danken muß. Die Minister haben auch gegenzuzeichnen. Dadurch wählt der Präsidents die Verantwortlichkeit von sich auf seine Minister ab. Er kann auch Gesetze einbringen und das Parlament auflösen — eine besonders scharfe Waffe der parlamentarischen Regierung.

Der dritte Typ, der Direktorialtyp, hat die Eigentümlichkeit, daß die Spitze der Regierung kollegial organisiert ist (Bundesrat, Regierungsrat, z. B. in der Schweiz). Eine parlamentarische Verantwortlichkeit besteht hier ebenfalls, jedoch ist damit nicht die Notwendigkeit eines Mißtraits verbunden. Das Staatshaupt ist hier lediglich Anführer der Willensschlüsse des Parlaments, während bei den anderen Typen der Präsidents ein dem Parlament gleichgeordnetes Organ ist. Hier ist er also Organ, beim Direktorialtyp nur Beamter.

II. Auch die deutsche Reichsverfassung will das Amt des Reichspräsidenten zu einem Or-

brandt  
6.50

ret-Hut  
10.50

4259

locke  
6.25

1322

ub.

1322

deutsches  
besttheater

17

zu erblicke.

rohe Ober

W. M. Mozart.

Leitung: W. H. H. H.

Carl Stang.

Personen:

Enderspermann

Kentwig

Gandeb

der Nacht

Wohlfahrt

Stroch

Königin D. Nach

Gende

Wenzel

Hoffmann-Breuer

Geisler

Post

Reizel

g halb 7 Uhr

halb 10 Uhr

Sperre 1. 1925

— 1925.

1351

angerhaus

eintritt:

metertings-

schlagt.

in 4 Stellen von

Sudermann.

ne geleist von

Kleinberg.

10 10 10

regentheim

Beauenderler

Clement

Murdummet

Kasse

3 Plätze

Groß

in Gemeinde

Steninger

Altebe

Brand

ng 7 Uhr

Sperre 1. 1925

80 100.

gan ausgestalten. Sein Amt wird begründet durch die Volkswahl und durch die Annahme der Wahl. Das Nähere über die Wahl bestimmt die Reichsverfassung (Art. 41) und das Reichsgesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920. Die Wahl selbst erfolgt nicht wie in Frankreich durch das Parlament, sondern durch das ganze wahlberechtigte Volk. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Wählbar sind auch ferner Frauen. Zwar spricht die Reichsverfassung nur von jedem „Deutschen“. Die maßgebende Erklärung darf aber nicht irre führen. Denn Art. 109 II sagt: Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Eine Wiederwahl ist unbeschränkt zulässig. Den Wahltag selbst bestimmt der Reichstag. Es muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Auf dem Stimmzettel muß derjenige, dem der Wähler seine Stimme gibt, stehen. Weitere Angaben sind unzulässig. Gewählt ist derjenige, der mehr als die Hälfte aller gült. Stimmen, also die absolute Mehrheit erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem der gewählte ist, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Reichswahlleiter zieht. Eine sog. Stichwahl gibt es also nicht. Der 2. Wahlgang ist nicht bloß auf 2 Personen beschränkt. Auf diese Weise wird keiner Partei zugunsten, schon bei dem ersten Wahlgang auf den eigenen Bewerber zu verzichten. Beim zweiten Wahlgang ist sogar eine Verständigung der Parteien möglich über einen Bewerber, der im ersten Wahlgang überhaupt noch nicht aufgetreten ist. Der zweite Wahlgang ist der entscheidende, wenigstens nach Lage der gegenwärtigen ungelassenen Parteizersplitterung.

Die einzelnen Stimmen in den Reichswahlkreisen werden gezählt und das Ergebnis dem Reichswahlleiter mitgeteilt. Der Reichswahlleiter stellt dann das Ergebnis fest. Dieser besteht aus dem Reichswahlleiter und sechs Beisitzern, die der Leiter aus den Wählern beruft. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstage prüft das Ergebnis. Wird die Wahl für ungültig erklärt, so findet eine neue Wahl statt, und zwar im ganzen Reich. Eine Wiederholungswahl in einzelnen Wahlbezirken, wie sie das Reichstagswahlverfahren kennt, gibt es hier nicht. Wohl kann sich die Ungültigkeitserklärung nur auf den zweiten Wahlgang erstrecken.

Durch die Annahme der Wahl wird der so Gewählte Präsident. Eine etwaige Minderjährigkeit im Reichstage geht verloren. Die Amtsperiode ist auf sieben Jahre bemessen. Eine Endigung tritt in folgenden Fällen ein:

1. Der normale Fall ist der Zeitablauf der sieben Jahre. Die Amtsdauer endet mit dem Tage vor dem 7. Jahrestage des Amtsantritts.

2. Ein anormaler Fall ist der Tod des amtierenden Präsidenten und sein Verzicht auf das Amt. Letzterer ist jederzeit zulässig.

3. Vor Ablauf der Amtsperiode kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages durch Volksabstimmung abgesetzt werden. Der Antrag kann nur mit mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden. Nimmt das Volk den Antrag mit einfacher Stimmenmehrheit an, so bedeutet dies die Absetzung, lehnt es aber den Antrag ab, so bedeutet dies eine Neuwahl des Präsidenten, d. h. die siebenjährige Amtsperiode beginnt von neuem zu laufen. Gleichzeitig gilt der Reichstag als aufgelöst.

III. Welches sind die Amtsfunktionen des Reichspräsidenten?

Zunächst sei festgestellt, daß der Reichspräsident nicht in sich die Fülle der vollziehenden Gewalt eines Staatsoberhauptes vereinigt, sondern diese mit dem Reichskabinet

teilt. Auch die bismarck'sche Reichsverfassung kannte zwei Elemente der vollziehenden Gewalt, den Kaiser und den Bundesrat.

Die Befugnisse des Reichspräsidenten sind: Im Verhältnis zum Reichstage die Auflösung des Reichstages, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlasse. Das Berufungsrecht selbst, wie der Kaiser, hat der Präsident nicht. Dilem liegt die Ernennung der richterlichen Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts und die Ernennung des Reichsbeauftragten für die Wahlprüfung ob.

Die Reichsregierung wird formell vom Reichspräsidenten gebildet. Er ernennt und entläßt unter ministerieller Gegenzeichnung den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die übrigen Reichsminister. Er darf aber keinen ernennen, der dem Reichstage nicht genehm ist, und muß jeden entlassen, dem der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß das Vertrauen entzieht. Die Geschäftsordnung des Reichstages unterliegt der Genehmigung des Reichspräsidenten.

Besüglich seiner Beteiligung an der Gesetzgebung gilt folgendes: Beim ordentlichen Verdegang eines Reichsgesetzes ist der Präsident nur zuletzt beteiligt, indem er das verfassungsmäßig zustande gekommene Gesetz auszufertigen und binnen Monatsfrist zu verkündigen hat. Beim außerordentlichen Verdegang ist die Rolle des Reichspräsidenten größer. Er kann vor der Verkündung eines jeden Gesetzes dieses zum sog. Volksentscheid bringen, d. h. gegenüber dem Beschluß der Volksvertretung die Entscheidung des Volkes selbst anrufen (suspensives Vetorecht). Ferner hat es der Reichspräsident in der Hand, bei Nichtübereinstimmung zwischen Reichsrat und Reichstag, ob er mit ministerieller Zustimmung das Gesetz scheitern lassen oder eine Volksabstimmung herbeiführen will. Der Erlaß von Reichsverordnungen steht auch dem Reichspräsidenten zu.

Wichtig ist auch seine Beteiligung an der Verwaltung des Reiches. Er führt den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches. In der Hand des Reichspräsidenten liegt die Inordnung und Durchführung der Reichsreferate gegen die Länder. Er hat das Recht der Ernennung und Entlassung von Reichsbeamten und Offizieren, das Recht der Vertretung des Reiches nach außen und schließlich das Recht der Begnadigung für das Reich, allerdings nur in den Strafsachen, in denen das Reichsgericht in erster und letzter Instanz Recht spricht, ferner bei Urteilen der Ausnahmeegerichte und der Reichsdisciplinärbehörden, die über Beamte des Reiches in Fragen der Beamtendisziplin zu Gericht sitzen. Amnestien bedürfen eines Reichsgesetzes.

Für seine Regierungshandlungen ist der Reichspräsident nicht selbst verantwortlich. Der die einzelne Regierungshandlung billigende bzw. gegenzeichnende Kanzler oder Reichsminister übernimmt dadurch anstatt des Präsidenten die Verantwortlichkeit. Trotzdem ist er den Gesetzen, der Verwaltung und der Justiz wie jeder andere Staatsbürger unterworfen. Er kann für sein Verhalten privatrechtlich, strafrechtlich und staatsrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der Reichspräsident auf Grund des vielmehrnamigen und vielmehrnamigen Artikels 48 Abs. 2 den Ausnahmezustand über das deutsche Gebiet verhängen kann. Wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung irgendwo im Reichsgebiete (auch in Bayern) erheblich gefährdet und gestört wird, kann der Präsident die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten.

Diese sehr gedrängte Darstellung des Amtes des Reichspräsidenten mag genügen. Vor allem sollte sie zeigen, daß die deutsche Reichspräsidentenschaft keine bloß dekorative repräsentative Präsidentschaft ist, vielmehr eine solche, die mit weitestgehenden Befugnissen und vielen wichtigen Einzelrechten ausgestattet ist. Daraus erhellt aber auch ohne

weiteres die Wichtigkeit der bevorstehenden Neuwahl des Reichspräsidenten. Es ist deshalb keineswegs gleichgültig, welchem Manne man dieses hohe Amt anvertraut.

**Auf dem Wege zur Einheitsfront?**

Berlin, 9. März. Der „Montag“ schreibt: Die Meldung einiger Blätter, daß der frühere Vizekanzler Dr. Zares als gemeinsamer Kandidat der rechtsstehenden Parteien für die Präsidentenwahl aufgestellt worden sei, ist insofern verfrüht, als die offizielle Proklamierung des Kandidaten der vereinigten rechtsstehenden Parteien nicht vor Mittwoch erfolgen dürfte. Das gestern veröffentlichte Kommuniqué der vereinigten rechtsstehenden Parteien hat absichtlich noch keinen Namen genannt, weil der endgültige Beschluß noch nicht gefaßt ist. Das hängt vor allem damit zusammen, daß noch Verhandlungen mit dem Zentrum möglich sind, die vielleicht zu einer gemeinsamen Kandidatur aller bürgerlichen Parteien (ohne die Demokraten) führen können.

**Baden.**

**Eine alte Wahrheit,**

deren Verkennung infolge parteipolitischer Blindheit immer wieder von neuem Streit und Zank im deutschen Parlament und in der Presse hervorruft, spricht das Luzerner „Waterland“ in einem Wochenrückblick anlässlich der Beeridigung des Reichspräsidenten Ebert aus. Das Blatt schreibt:

Für viele Kreise in Deutschland ist der Vertriebenenebene nach der Revolution gemessen und geliebt, und für diese Kreise war und bleibt die Revolution die einzige Ursache des deutschen Zusammenbruchs gegen das Ende des Jahres 1918, die alleinige Ursache all des Unglückes, das damals über das Land hereinbrach, all der Leiden und Demütigungen, die es seither erdulden mußte. In diesen Kreisen kann und will man nicht glauben, daß Deutschland im Weltkrieg unterlegen ist und notwendig unterlegen mußte, nach dem Gesetze, daß der Schwächere dem Stärkeren unterliegen muß, zumal wenn das Mißverhältnis der Kräfte gar so groß war, wie hier, und erst nach der schwächeren Teil in großen entscheidenden Momenten von den obersten verantwortlichen Stellen unglücklich, verfehlt beraten und geführt war. So war denn die Revolution, wenn auch schon in Vorbereitung begriffen und unter der Ägide glimmend, nicht die Ursache, sondern die Folge des Zusammenbruchs. Und wer immer unbefangen und mit klar blickendem Auge über die großen Geschehnisse urteilt, wird es dem verstorbenen ersten Reichspräsidenten als großes lebendes Verdienst anrechnen, daß er in den fürchterlichsten Tagen im Januar 1919 im Verein mit anderen Männern die tobende Revolution im Zaum gehalten, es gehindert hat, daß Deutschland dem gleichen Schicksal verfallen, dem ein Jahr früher Rußland verfallen war.

Für den Psychologen ist es interessant zu beobachten, wie die persönliche Einstellung selbst so klare historische Tatsachen wie die, daß unsere deutsche Revolution in ihrer Totalität eine Zusammenbrucherscheinung war und nur zum geringsten Teil von treibenden zielbewußten revolutionären Kräften hervorgerufen wurde, wegzuschaffen bestrebt wird. Der klarste Beweis für die Auffassung der deutschen Revolution als Zusammenbruch wird immer die damalige völlige, ja ängstliche Passivität aller der Kreise sein, die heute am lauteiten sind in der Beurteilung alles dessen, was bis heute gerade auch infolge jener Passivität der heutigen Schreiber hat geschehen müssen. Wer z. B. in den Tagen vor der Revolution und in der Revolution selbst Gelegenheit hatte, seine Beobachtungen zu machen, der weiß, daß die Revolution, d. h. der Zusammenbruch hereinbrach wie ein Gewitter und nicht wie ein planmäßig vorbereitetes Geschehen. Wir kennen z. B. aus jenen Tagen in Baden selbst bei den handelnden Sozialdemokraten keinen Mann, den wir als bewußten, aktiven Revolutionär bezeichnen könnten. Was uns damals drohte, war weit weniger die Herrschaft zielbewußter Revolutionäre als das Chaos, die Unordnung, weil die bisherigen Organe der Ordnung jedes Selbstvertrauen verloren hatten und die Führung aus der Hand gleiten ließen. Dessenwegen, die als Revolutionäre austraten und sich so gebärdeten, waren vielfach sonst harmlose Spieler, die die Angst vor dem Einrücken ins Feld oder die Angst sogar vor der Kaiserne in der allgemeinen Unruhe und Verzweiflung fühlend gemacht hatte. So gut wie keiner von ihnen spielt heute noch eine irgendwie bedeutende Rolle — ein Beweis dafür, welche geistigen Kräfte bei ihnen tätig waren. Und diejenigen, welche man heute von Seite der damals Untätigen und Aengstlichen als Revolutionäre bezeichnet, waren gerade die, die Kopf, Hand und Fuß rührten, um die Schrecken des Chaos bzw. des Zusammenbruchs zu bannen. Was in Baden bei Abdankung des Großherzogs geschah, wird immer ein Unikum bleiben, das aber für die badische „Revolution“ von 1918 außerordentlich bemerkenswert ist. Hat man doch in der Proklamierung des Thronverzichtes des Großherzogs lesen können, wie die provisorische badische Regierung fund tat:

„Das badische Volk anerkennt die Liebe zur badischen Heimat, die der Großherzog auch wieder in den Entschlüssen der letzten Tage betätigt hat. Es gebietet der Werke edler Menschlichkeit der Großherzogin Mutter und

der Verdienste des Prinzen Max um die Demokratisierung Deutschlands und um die Gedanken der Weltverbändigung.“

So sprechen wahrhaftig nicht Revolutionäre, dagegen Leute, denen es darum zu tun ist, den Uebergang vom Alten zum Neuen möglichst schmerzlos zu gestalten.

Wenn man das erwägt, dann sieht man sofort, daß jene Stimmen, die auch in Baden immer wieder laut werden, als ob die sogenannte Revolution und was ihr nachfolgte, an allem Unheil schuld sei, nicht aus der Kenntnis der Tatsachen so reden, sondern aus der Blindheit gegen die Tatsachen und aus einer parteipolitischen Voreingenommenheit, die ihre Nahrung nicht aus Baden, sondern aus Ostelbien bezieht. Und man tut daher gut, immer wieder an die Tatsachen zu erinnern, damit man sieh, wo die Blindheit auch heute noch sitzt. Diese Blindheit ist vor allem blind gegen ihre eigene Schuld!

**Hochschulen.**

Vom 8. B. Der 8. B. (Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands) zählte am 1. Februar 1925 in 83 Vereinen (davon 4 in Oesterreich) 827 ordentliche Mitglieder, 112 außerordentliche Mitglieder, 432 traife Jüdische, 299 Brandstüchle, 759 ortsanfassige Inaktive und 724 auswärtige Inaktive, insgesamt 3153 studierende Mitglieder. Die seit dem Krieg suspendierte Semina in Berlin wurde wieder aufgetan und durch Teilung der Brigovia in Freiburg entstand als 5. Verein des dortigen 8. B. Flamburg. Zur Aufnahme meldete sich Winfrida-Strag. Die 8. B. des 8. B. und der Hilfsleiter finden ab 26. Juli 1925 in Fulda statt.

**Nach der Zusammenkunft**

**Chamberlain und Herriot.**

Paris, 9. März. Die Besprechungen zwischen Chamberlain und Herriot haben eine klare Gegenüberstellung der französischen und englischen Auffassung über die Sicherheitsfrage ergeben. Es hat sich herausgestellt, daß Chamberlain tatsächlich über keinerlei weitgehende Vollmacht verfügt und sich in der Hauptsache in den Gesprächen mit Herriot darauf beschränkt hat, die von Lord Balfour beeinflusste, angeblich seiner persönlichen Auffassung entsprechende Schlussfolgerung des britischen Kabinetts zugunsten eines englisch-französisch-belgischen Sicherheitspakt unter späterer Teilnahme Italiens, aber unter Ausschluß Polens zu entwickeln. Demgegenüber hat der französische Ministerpräsident nachdrücklich die Notwendigkeit wirksamer Garantien für die territoriale Unverletzbarkeit Polens betont, mit der in den Blättern abgedruckten Erklärung, daß es Polen überlassen bleibt, im Einklang mit dieser Sicherheit gewisse Zugeständnisse zu machen, offenbar aber einem ersten Mißgung angetrieben. Herriot hat dem „Matin“ zufolge sogar hinzugefügt, daß Polen freundschaftliche Ratjähle erteilt werden sollten. Trotz dieses offenfundigen Entgegenkommens der französischen Regierung besteht noch kein Grund, auf eine baldige Angleichung der französischen und britischen Standpunkte zu schließen, da sie von der Haltung Polens und den deutsch-polnischen Sonderverhandlungen abhängen dürfte.

Die Besprechungen mit Chamberlain werden wahrscheinlich kommenden Sonntag wieder aufgenommen, da der britische Außenminister die Absicht hat, Genf unverzüglich nach Verhandlung der wichtigsten, England interessierenden Fragen zu verlassen. Gleichzeitig trifft heute (Montag) Nachmittag, wie schon gemeldet, der belgische Außenminister in Paris ein. Die Blätter betonen, daß zwischen Herriot und dem belgischen Außenminister nur ein Meinungsaustrausch in Frage kommen soll und geben sich der Hoffnung hin, daß Belgien sich der französischen Stellungnahme anschließt. Man betont aber, daß Belgien infolge seiner geographischen Lage sich der englischen Politik ebenso wie der französischen anpassen müsse. Im übrigen verbietet die gegenwärtige innerpolitische Lage, vorläufig außenpolitische Verhandlungen einzugehen. Der „Temps“ sagt, der Radikale Theunis schaffe eine neue Situation. Unter anderen Fragen, die Symans zur Sprache bringen wird, ist auch die der neuen in Frankreich eingeführten Fremdensteuer, gegen die Belgien auf diplomatischem Wege bereits in den letzten Tagen Protest erhoben hat.

**Lafayette aus der Republikanischen Partei ausgeschlossen.**

Berlin, 9. März. Der „Montag“ meldet aus New York: Die Republikanische Partei hat beschlossen, die Senatoren Lafayette Braden, Brockenbush und Ladd wegen ihrer Angriffe gegen den Präsidenten aus der Partei auszuschließen.

**Max Bernstein gestorben.**

Berlin, 9. März. Wie die „Montagspost“ meldet, ist gestern in München der bekannte Lustspielautor und Jurist Dr. Max Bernstein an den Folgen einer Operation gestorben.

**Musik auf der Tagung der Akademiker in Essen.**

Die bedeutsame Essener Akademikertagung wurde eröffnet und geschlossen mit zwei Konzerten, die die Musikpersonalmittel des in Westdeutschland schon recht bekannten Salzburger Domorganisten Joseph Meßner in den Mittelpunkt rückte. Ein Sinfonieorchester unter Max Fiedler bot die Sinfonie (op. 10) für Klavier und Orchester, ein Werk, das deutsche Abhängigkeitspuren von Wagner, Bruckner und Hegel an sich trägt, aber in seiner Struktur und in der Verwendung harmonisch äußerst wirksamer Mittel einen eigenwilligen und sicherlich recht begabten Komponisten erkennen läßt. Die Essener Sängerin Eva Bruhn sang das Sopranpart, Jakob Ross (Düsseldorf) spielte den Klavierpart ohne die nötige Schwungkraft, die genügt neben dem (hier fehlenden) ausgefeilten Orchesterpiel sehr für das einfache Werk übernehmen muß. Am Schluß vermittelte Fiedler einem ausverkauften Saale beglückend klar die 7. Sinfonie-Sinfonie. — Geschlossener Eintritte bot das Meßnerorchester am 7. Tag der Tagung. Hier prägte sich in Kompositionen hauptsächlich geistlichen Charakters und verschiedener Gestaltung das Bild eines aus harter Intuition schöpfenden Musikers ein, den eine quellende Musikalität leicht zur Veräußerlichung führen kann, der aber immerhin in der Bearbeitung geistlicher Chöre und in modernen Chorätzen mit prachtvoll polyphonischen Bindungen ein Maß von Talent erkennen läßt, das Anlaß zu großen Hoffnungen gibt. Meßner, der auch

in einer Bruckner-Improvisation an der Orgel erschien, war an dem Leber nicht so gut befunden. Abend Gegenstand lebhaften Interesses. Der Rheinische Madrigalchor (Duisburg) unter Leitung von Prof. Josephson, Gertrud Lucas-Duisburg (Alt), Rose Walter-Berlin (Sopran) und Bruno Selberger-Franfurt a. M. (Klavier) waren gute und beste Interpreten Meßnerischer Kunst, die wir in Zukunft aufmerksam werden verfolgen müssen. — In einem Pontifikatamt in der St. Josefkirche brachte der unter Rechtsanwalt Keller-Kreuz außerordentlich gewachsene Musiker a capella-Chor neben dem Hangschönen Meßnerischen „Ecce sacerdos“ und einem Brucknerischen „Tantum ergo“ die pompös geschriebene Messe chorale von Bizet zur hart wirkenden Wiedergabe. Hier — wie auch am Tage vorher, wo in dem Pontifikatamt in Münster der Kölner Domchor unter Prof. Mölders in dem Vortrag der G-moll-Messe von Bruckner ein Werk von noch edlerem Gehalt den Gläubigen sehr nahebrachte — erreichte der Domorganist Bachem-Köln durch sein hervorragendes gemessertes Spiel an der Orgel Bewunderung. Beide Kirchenfeiern (von Weihbischof Dr. Sträter — in der Münsterkirche — und Weihbischof Dr. Gammels — in der Josefkirche — geleitet) hatten ungezählte Mengen von Besuchern angezogen. Daß der kathol. Akademikerverband die musikalische Gunst und damit die Reformfrage der kirchlichen Musik so in den Mittelpunkt seiner Tagung gerückt hatte, ist ein erfreuliches Zeichen erwachenden Interesses auch auf diesem Gebiete, das rücksichtslos Anerkennung in Essen und darüber hinaus gefunden hat. Dr. F.

Die r...  
Bon...  
Es wi...  
auf die...  
entw...  
zeit im...  
läßt sich...  
nung des...  
Berfch...  
der öff...  
näherrung...  
Interesse...  
geheimen...  
in der B...  
herorden...  
großen W...  
nicht s...  
ist in r...  
Reichsreg...  
teilung g...  
Gesamtab...  
kurze Fo...  
it ärfte...  
Beifche...  
Belastu...  
des Wo...  
Zm en...  
folgt an...  
Zm ne...  
sch ist d...  
mensche...  
von hish...  
zent hor...  
Gehalt...  
vor der W...  
her 10 p...  
renß man...  
eine gan...  
rang ein...  
Masse des...  
men zu...  
eine Enla...  
empfänger...  
nanzlage...  
nicht tra...  
feuer j...  
beschränkt...  
prozantige...  
schützten...  
und Köp...  
die außer...  
noridriften...  
und als...  
Beranlaßu...  
denz auf...  
Die hie...  
md gen...  
gen erfä...  
Berm d...  
his auf...  
werden...  
Rückfich...  
Vorbel...  
heren A...  
Grunder...  
berfch...  
abgeleht...  
Nach hab...  
mir in D...  
ditals em...  
Steuerge...  
Wendruck...  
Grunde...  
Söschfä...  
herstand...  
regierung...  
mächte...  
Wirtschaft...  
Über...  
die Meub...  
Raffen de...  
tals der...  
Georg...  
32)  
Über di...  
ger war...  
mein, mi...  
So jung...  
Sabett, g...  
Stoff...  
Kann!...  
„Profit!...  
„Wann...  
hör. W...  
don ner...  
„Nicht...  
of nicht...  
„Gör...  
Ueberhan...  
Rein lie...  
„Nur a...  
„Gör a...  
alles, wen...  
lung wie...  
nicht die...  
Chriam...  
Gächten...  
die geöff...  
jellhaft...  
Gelten: j...

### Die neuen Steuervorlagen.

Von Finanzminister Dr. Köhler.

Es wird Zeit, die gesamte Deffizitlast auf die Tendenz der Steuerveränderung aufmerksam zu machen, die zur Zeit im Reichsrat beraten werden; denn es läßt sich nicht beabsichtigen, daß die Neuordnung des Steuerrechts eine ganz gewaltige Verschiebung in der Verteilung der öffentlichen Lasten auf die Bevölkerung vorzieht. Während die „großen Interessenten“ seit Monaten offen und im geheimen ihre Kampffront organisiert und in der Beeinflussung der Deffizitlast außerordentlich geleistet haben, schweigen die großen Massen des Volkes noch vollständig. Offenbar deshalb, weil es ihnen noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, in welcher Weise nach dem Willen der Reichsregierung die Probleme der Lastenverteilung gelöst werden sollen. Bringe ich die Gesamtsichten der Reichsregierung auf eine kurze Formel, so kann diese nur lauten: **Stärkste Entlastung des großen Besitzes, schwächste Erhöhung der Belastung der großen Massen des Volkes.**

Zu einzelnen gehen die Dinge wie folgt an:

Zu dem neuen Einkommensteuergesetz ist die Herabsetzung des Einkommensteuertarifs für die großen Einkommen von bisher 60 Prozent auf 33 1/2 Prozent vorgezeichnet. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger soll aber nach wie vor der Ausgangspunkt für ihre Besteuerung der 10prozentige Abzug sein. Während man also bei den großen Einkommen eine ganz außerordentliche Steuererleichterung eintreten läßt, glaubt man bei der Masse des Volkes eine solche nicht vornehmen zu müssen. Gemäß, so heißt es, wäre eine Entlastung auch der Lohn- und Gehaltsempfänger recht erwünscht, aber für die Finanzlage des Reiches sei eine solche eben nicht tragbar. Die Körperschaftsteuer soll auf 20 Prozent des Gewinns beschränkt werden unter Wegfall der 25prozentigen Zuschläge auf den ausgeschütteten Gewinn. Bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer sollen nach wie vor die außerordentlich günstigen „Bewertungs“-vorschriften, die im Jahre 1923 geschaffen und alsbald zu den schärfsten Prozentsätzen Veranlassung gegeben haben, in ihrer Tendenz aufrecht erhalten werden.

Die bisherigen Vorschläge zur Vermögenssteuer, die die größeren Vermögen erfassen sollen, werden abgelehnt. Die Vermögenszuwachssteuer soll bis auf weiteres ganz außer Kraft gesetzt werden. Für Kapitalerträge soll es ohne Rücksicht auf ihre Höhe keine Vorbelastung mehr im Sinne der früheren Kapitalertragsteuer geben. Die Grunderwerbs- und die Kapitalverkehrssteuern sollen allgemein herabgesetzt werden.

Ich habe volles Verständnis dafür, daß man in Deutschland die Neubildung des Kapitals ermöglichen und dies in der neuen Steuerreform auch entsprechend zum Ausdruck bringen. Ich bin aus diesem Grunde auch mit einer Ermäßigung der Höchstätze des Einkommensteuertarifs einverstanden. Aber der Vorschlag der Reichsregierung geht entschieden zu weit. Ich möchte auch die sonstigen Belastungen unserer Wirtschaft nicht außer Berechnung lassen. Über — und das scheint mir wesentlich — die Neubildung des Kapitals darf nicht auf Kosten des einzigen, des Lebenskapitals der breiten Massen des Volkes erfolgen.

folgen. Und wie sieht es hier aus? Den gewaltigen Entlastungen des Großbesitzes gegenüber, die ich eben aufgezählt habe, stehen an neuen Belastungen für die Besitzlosen folgende: Die Hauszinssteuer, oder wie sie in Baden genannt wird, die Gebäudebesondersteuer soll nach dem Willen des Reichsfinanzministers nicht etwa ermäßigt oder aufgehoben, ihr Erträgnis soll auch nicht etwa überwiegend für Zwecke des Wohnungsbaues verwendet, sondern die Steuer soll noch stärker angezogen und zum großen Teil für Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden. Was heißt das? Daß die Mieten in den nächsten Monaten zugunsten der öffentlichen Hand stark erhöht werden müssen mit all den bekannten Auswirkungen auf den Geldbeutel des Einzelnen. Weiterhin hat die Reichsregierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und Gemeinden, der letzten Endes dazu führen soll, die Gemeindebetriebe, also die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke steuerlich noch härter zu belasten. Die Folge davon ist eine weitere Massenbelastung, die sich in der Erhöhung der Gebühren für Wasser, Gas und Elektrizität auswirken wird. Endlich aber ist beabsichtigt, die Steuer auf das Bier um 100 Prozent zu erhöhen und weiterhin eine stärkere Belastung des Tabakverbrauchs durchzuführen. Zusammengefaßt: einerseits außerordentlich weitgehende Entlastung des großen Besitzes — wozu auch die Auswirkungen des in seinem Grundgedanken gewiß berechtigten, aber in der jetzigen Fassung durchaus einseitigen Reichsbermähungsgesetzes gerechnet werden können, das wie ich vor einiger Zeit im Haushaltsausschuß des Reichstages ausgeführt habe, in der Praxis eben doch eine recht weitherzige Veranlassung des Großgrundbesitzes und eine starke Ergriffung des parzellierten Besitzes sein wird — andererseits zum Ausgleich für die Ausfälle des großen Besitzes sehr scharfe Erhöhung der Leistungen der besitzlosen Massen und des kleinen und mittleren Besitzes. Also eine durchaus unsoziale Gestaltung der Lastenverteilung.

Ich will immer noch hoffen, daß die Gesetzgebung der Reichsregierung eine wesentliche Veränderung durch den Reichsrat und den Reichstag erhalten. So wie die Entwürfe jetzt vorliegen, sind sie für jeden wirklich sozial denkenden Mann durchaus unannehmbar. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß in solch roher Form Interessenpolitik sich in Gesetzesentwürfen der Reichsregierung auswirkt. Die Zentrumspartei vor allem möchte ich dringend bitten, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um zu verhindern, daß die Absichten der Reichsregierung in die Tat umgesetzt werden. Die Folgen müßten nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern vor allem auch auf politischem Gebiet geradezu verheerend wirken.

### Der Tscheka-Prozess.

Leipzig, 6. März. Im weiteren Verlauf des Tscheka-Prozesses wurde der Angeklagte Diener vernommen, der erklärte, daß er zunächst als Kurier tätig gewesen sei und in dieser Tätigkeit nichts Ungeheures gesehen habe. Später sei er als Leiter des wirtschaftlichen Nachrichtenendienstes in Württemberg gewesen. Er habe außerdem die Kontrolltätigkeit über Genossen ausüben müssen, die im Verdacht der Gelbunterschlachtung standen. Der Angeklagte gab zu, als Spitzel der politischen Polizei tätig gewesen zu sein.

zu sein. Er habe nicht gegen Entgelt gearbeitet, sondern aus Ueberzeugung.

Es trat dann eine kleine Pause ein. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung fuhr Diener in seiner Schilderung fort. Es ergaben sich dabei wiederholt Widersprüche in den verschiedenen Aussagen. Als der Vorsitzende den Angeklagten ermahnte, bei der Wahrheit zu bleiben, erwidert Diener, er habe nichts zu verheimlichen und könne nicht anders aussagen. Im weiteren Verlaufe erklärte Diener, er habe im Interesse des Staates gehandelt. Auf die Frage, welche Dienste er weiter im Interesse des Staates verrichtet habe, und welche Meldungen er an die Polizei gegeben habe, verweigerte der Angeklagte die Aussage. Damit ist die Vernehmung sämtlicher Angeklagten beendet. Weiterverhandlung Samstag Vormittag 9 Uhr.

### Gegen den französischen Rhein-Seitenkanal.

Strasbourg i. G., 7. März. Seit drei Tagen werden in Strasbourg Verhandlungen der französischen Unterkommission der Interalliierten Rheinlandkommission über das Problem eines französischen Rhein-Seitenkanals mit Strasbourg und über das badisch-schweizerische Regulierungs-Projekt geführt. Der schweizerische Präsident der Kommission vertritt entsprechend den Anweisungen seiner Regierung den Standpunkt, daß auf keinen Fall eine Behinderung der Schifffahrt eintreten dürfe, die durch einen solchen Kanal herbeigeführt werde. Die schweizerische Delegation hofft, daß auch Holland sich für die Rheinregulierung einsetze und auszusprechen werde.

### Die Sitzung des Unterhauses.

Ein Erfolg Baldwin.

London, 6. März. Heute morgen kehrte die Arbeiterpartei mit Ausnahme von Clynes in das Unterhaus zurück. Zu Beginn der Sitzung stellte MacDonald an Churchill, der in Abwesenheit von Baldwin und Chamberlain den Vorsitz führte, die Frage, wann das Mißtrauensvotum gegen Chestfield zur Besprechung kommen würde. Churchill erwiderte, es sei unwahrscheinlich, diese Angelegenheit sobald wie möglich zu erledigen und bat MacDonald, die Frage am Montag zu wiederholen, da der Premierminister dann anwesend sein würde. Das Unterhaus trat dann in die Aussprache über den Antrag für Abschaffung des Rechts der Gewerkschaften, politische Beiträge zu erheben, ein. Baldwin, der inzwischen erschienen war, erklärte, das Kabinett sei auf Grund einer genauen Prüfung der Frage zur Ablehnung der Vorlage gekommen. Die Vorlage wurde auch vom Hause abgelehnt.

Baldwin brachte einen Änderungsantrag der Regierung zu den politischen Gewerkschaftsbeiträgen ein, den er ausführlich begründete. Er lehnte es ab, den gegenwärtigen Augenblick zur Durchbringung so weitgehender politischer Maßnahmen zu benutzen. Die konservative Partei wolle nicht den ersten Schritt abgeben. Sie wolle den Frieden und die Befestigung des politischen Mißtrauens. Die Rede fand allgemeinen Beifall und der Änderungsantrag der Regierung wurde mit 325 gegen 153 Stimmen angenommen. Damit ist das Schicksal des privaten Gesetzesentwurfs erledigt. Der Änderungsantrag, daß das Unterhaus grundsätzlich die in dem Gesetzesentwurf enthaltene Forderung politischer Freiheit billigt, daß aber die Regierung eine so weitgehende Maßnahme nicht als den Antrag eines einzelnen Parteimitglieds behandeln zu sehen wünsche.

### Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Der Reichsinnenminister Schiele hatte dem Reichstag folgendes Schreiben in Vorlage gebracht:

„Durch das Ableben des Herrn Reichspräsidenten ist eine sofortige Neuwahl notwendig geworden. Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten in der Fassung vom 6. März 1924 bestimmt der Reichstag den Wahltag. Zwischen dem Beschluß des Reichstages und dem Wahltag muß für die Vorbereitung der Wahl eine ausreichende Frist liegen.“

Namens der Reichsregierung schlage ich als Wahltag für den ersten Wahlgang Sonntag, den 29. März 1925 und für den zweiten Wahlgang, falls ein solcher erforderlich werden sollte, Sonntag, den 26. April 1925 vor. Die Reichsstimmmordnung vom 14. März 1924 sieht eine Beschlußfassung des Reichstages über den zweiten Wahlgang allerdings erst vor, wenn die Notwendigkeit eines zweiten Wahlganges feststeht (§ 147 Abs. 2, § 151). Da indessen eine Beschlußfassung über den zweiten Wahlgang gerade in die Osterzeit fallen würde, in der der Reichstag nicht versammelt sein wird, dürfte es sich empfehlen, schon jetzt einen Eventualbeschluß über den zweiten Wahlgang zu fassen. Rechtliche Bedenken bestehen gegen einen solchen Eventualbeschluß nicht.

Ich bitte, alsbald einen Beschluß des Reichstages herbeizuführen.“

### Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Berlin, 9. März. Die unterzeichneten Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern in Groß-Berlin folgenden Aufruf zugehen lassen:

Die Arbeiter auf den Güterböden und Umladehallen haben im Laufe des Sonntag zum größten Teile die Arbeit eingestellt. Die unterzeichneten Bezirksleitungen der Eisenbahner-Gewerkschaften haben zu der Streiklage in Berlin Stellung genommen und erklären den im Streik stehenden Kollegen, daß sie sich mit ihrem ganzen Einfluß hinter die Bewegung stellen und dieselbe führen. Kein Kollege in den betroffenen Gebieten dürfe die Arbeit aufnehmen. Ebenso erwarten sie von den übrigen Angestellten und Beamten strengste Solidarität. Die arbeitslosen Kollegen werden gebeten, die Arbeit in den betroffenen Gebieten zu verweigern. Die Kollegen in den anderen Dienstbezirken dürfen sich ohne Anweisung der Organisationen an der Bewegung nicht beteiligen. Die vor dem 11. Oktober 1924 auf Wartegeld gestellten Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht gezwungen werden können, in die Dienste der Reichsbahn zu treten und Streikbrecherarbeit zu verrichten. Auch die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Anwärter versichert den streikenden Kollegen die warmste Sympathie. Die Mitglieder der Reichsgewerkschaft, soweit sie als Lohnempfänger in den betroffenen Gebieten tätig sind, beteiligen sich aktiv am Kampfe. Ein Rundschreiben, das die Funktionen in diesem Sinne aufklärt, wurde Sonntag noch verhandelt.

Deutscher Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Berlin.  
Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V.  
Bezirksleitung Allgemeiner Eisenbahnerverband.

### Fürst Zvon gestorben.

Berlin, 9. März. Wie die „Montagspost“ meldet, ist gestern in Paris plötzlich Fürst Zvon, der 1917 Präsident der provisorischen russischen Regierung war, gestorben. Er war in Paris Präsident der Vereinigung der russischen Flüchtlinge im Ausland.

### Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Igna Maria.

32) Über die Stimme fragte, denn der Sänger war mehr trink-, denn taktlos. „Ich mein, mir beke noch een Schoppe, Kinner. So jung komme mir net wider bejämme. Sabekt, goldig Mädche, bring uns noch Stoff, Prost, Freiberg, steig in die Kamm!“

„Prost!“ Georg tat Bescheid.

„Wann ich den schon hochdeutschredde hör't, Mensch, man meint, du kümmt gerod von 'ner Audienz mit 'nem Herrsch.“

„Ich kann dein Dialekt nicht. Du kommst of nicht vertellen, wie man bei ojek proahl.“

„Für uff, des verheißt kein Deiwel. Ueberhaupt, alles was net am Maad oder am Rhein liegt, is Sinterindie un Türfel.“

„Nur am Rhein, da möcht ich leben.“

„Für auf,“ flehte Georg, „mir dreht sich alles, wenn du singst, das tut dieselbe Wirkung wie saurer Wein. Aber wollen wir nicht die Fenster öffnen, man erstickt.“

Christiane Bürgerleute spazierten das Gäßchen hinab zum Rhein, schauten durch die geöffneten Fenster die feuchtschöne Gegend mit den bunten Mägen und lächelnd: ja, die Schüler vom Technikum!

Und der große Blonde sah auch am Tisch und bekehrte. Man sah ihn immer allein, mit einem Buch in den Reimnagen sitzen. Mädels kannte er nicht, klümmerte sich wohl auch nicht um sie. Rheinisch Blut war das nicht.

Die Stimmung unter den angehenden Technikern wurde immer fröhlicher und ausgelassener, der junge Wein stieg ins Blut und machte warm.

Georg sah nüchtern unter ihnen und betrachtete die erhitzen, meingeröteten Gesichter. Ist das Jugend? Geht das junglein, so lange zu trinken, bis die Natur sich widersetzt, und renommierten von seinen Gelbheiten, die vielleicht nur in der Phantasie existierten? War es da nicht tausendmal schöner, man sah, ein gutes Buch vor sich, in einer Laube am Rhein, und trank mit Behagen seinen Wein?

Wie manchmal hatte er in seinem verwichenen Winkel gelesen und geträumt, und mit offenen Augen von der Zukunft und seinen Hoffnungen und hatte in die untergehende Sonne geschaut, die ihren weiten, blutroten Schleier von den Höhen raffte, und sich noch ein allerletztes Mal in den klaren Wellen des Rheins spiegelte.

Und dann war langsam der Tag verflungen wie eine harmonische, melodienreiche Symphonie, und hatte dem stillen, kühlen Abend die Herrschaft überlassen. Der zerbarte Sterne am weiten dunkelblauen Firmament herauf, der machte die stolze Ger-

mania auf dem Niedermald zu einer wunderbaren Märchenwelt, der letzte grünlich-gelblichleuchte Trichter auf hurtige Wellen, und der Rhein rauschte leise sein uraltes Lied. Richtiglein stammten auf am anderen Ufer, gleich einem vermuntheten Feuertanz.

Kaum, daß man den alten trostigen Mauerwerk erkennen konnte, und dann der Feinweg am Rhein entlang. Durch schlafende Gäßchen, daß man sich nicht getraute aufzutreten, hin bis in sein Stübchen, das Anblick auf den Rhein und die gegenüberliegenden Berge freigab.

Wie manches liebe Mal hatte er gewünscht, Paul Trebiglich möge dies alles miterleben. Von allen denen, die hier saßen, konnte keiner sein Freund sein. Sein schmerzliches halbe von den Felsenwänden. Temperament nicht stand. Sie verachteten ihn ob seines Eifers, er fühlte sich in ihrer Gesellschaft wie ein Fremder, er fand nicht den letzten, heiteren Ton, er machte die geselligen Abende mit, hatte sich eine bunte Mühe aufzuhalten lassen, nur um nicht abseits zu stehen; aber ihre lärmende Fröhlichkeit konnte ihn nicht mitreißen, er blieb fremd in ihrer Mitte.

Der dicke Seydebrand hatte allzu tief ins Glas geblickt und hing an, seine Abenteuer zum Besten zu geben.

Georg winkte der Kellnerin und zahlte, sein Fortgehen fiel nicht auf. Er ging zum Rhein hinab, ein erfrischender Wind streifte vom Fluß herauf, nahe der Kaimauer schau-

felte ein Boot, leise flackten die Wellen gegen das Ufer.

Auf der anderen Seite jagte ein D-Boot mit hellerleuchteten Fenstern durch die friedvolle Stille. Zwei helle Augen erschellten blanke Schienenstränge, feuriger Rauch loht aus dunklem Schornsteinmündung empor, dann war das Gespenst vorüber, schwaches Echo hallte von den Felsenwänden.

Schritte knirschten über den kiesbestreuten Weg. „Guten Abend!“ jagte eine tiefe Stimme. „Es hört wohl nicht, wenn ich mich zu Ihnen setze? Es ist meine Lieblingsbank.“

„Durchaus nicht!“ Georg bemühte sich vergebens, das Gesicht des bösen Wanderers zu erkennen.

„Sie sind der große Blonde vom Technikum, ich höre es an der Aussprache. Sie singen und feiern nicht mit den anderen?“

„Nein, ich bin fortgegangen, sie vermissen mich auch nicht. Es ist schade, den herrlichen Abend in der verqualmten Stube zu sitzen.“

„Sind Sie nicht gern fröhlich?“

„O doch, aber ich kann mich nicht recht an den rheinischen Ton gewöhnen.“

„Ich habe Sie also richtig eingeschätzt. Glauben Sie mir, junger Freund, Sie haben den besseren Teil erwählt. Sie wachen wenigstens frühmorgens nicht mit Kopfschmerzen auf. Ich beobachte Sie schon lange. Sie lieben die Einsamkeit und es freut mich, daß Sie Freude an der Natur haben. Was lesen Sie — Romane?“

(Fortsetzung folgt.)

Chronik.

Baden.

Schweizingen, 8. März.

Die hier vorgenommenen Verhaftungen unter dem Verdacht der Brandstiftung an dem Kasernenbau haben sich nicht aufrecht erhalten lassen.

Mannheim, 7. März.

Ein Raubüberfall wurde Ende Dezember v. J. von einem hiesigen Kaufmann der Polizei angezeigt.

Neckarzimern, 8. März.

(Töblich verunglückt.) Der im hiesigen Gipfelstollen der Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen beschäftigte Bergpraktikant Georg Haag ist töblich verunglückt.

Offenburg, 8. März.

(Reisebüro.) Gestern ist die Zweigstelle Offenburg des Mitteleuropäischen Reisebüros eröffnet worden.

Zinnenbrunn bei Triberg, 7. März.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich hier beim Aufladen einer etwa 20 Zentner schweren Steinplatte.

Säckingen, 8. März.

Das Wasser- und Straßenbauamt Waldshut hat das große Sandlager am Rhein bei Murg zum Verkauf ausgeschrieben.

Nachklänge zu den Beifugungsfeierlichkeiten in Heidelberg.

Heidelberg, 6. März. Das Grab des Reichspräsidenten Ebert ist am Donnerstag nachmittag 4 Uhr geschloffen worden.

Baden-Baden.

Nach der hochgehenden Flut der Faschingsveranstaltungen, deren glänzender Zentralpunkt der große Maskenball im Kurhaus bildete, ist jetzt eine wohlthuende Ruhe eingetreten.

Von einem „dramatischen Klub“ der Weststadt ist mit wieder ein Schreiben zugegangen über die Handlung der Oper „Die Stimme von Portici“.

Dungen wurden sehr reich hergestellt, sodass schon die Nachmittagsblätter den vollständigen Bericht veröffentlichen konnten.

Aus anderen deutschen Staaten.

Schwere Mordtat.

Balingen, 6. März. Die Frau und der einzige 5jährige Sohn eines angesehenen und in guten Verhältnissen lebenden Bürgers in Großsachsenheim wurden im Bett tot aufgefunden.

Ein Doppelmord.

Mainz, 7. März.

Im Café „Rheinblick“ in Judenheim, das etwas abseits von der Pinger Straße liegt, fand man die Inhaberin, die 34jährige Frau Braun, und ihre 23jährige Tochter Ottilie ermordet vor.

Aus dem Ausland.

Platinfieber in Südafrika.

Johannesburg, 7. März.

Die Börse war der Schaulplatz wilder Szenen, als die Nachricht durchdrang, daß in Südafrika Platin gefunden worden sei.

Sanaan eingezogen. Alle Hotels sind überfüllt, und mancher bedeutende Finanzmann muß sich mit einer kleinen Dachkammer oder einem Nachtlager auf dem Billard zufrieden geben.

Eine Feuersbrunst in Tokio.

Aus Tokio wird gemeldet, daß eine Feuersbrunst den Vorort Fusaki eingeeicht hat.

Kirchliche Nachrichten.

Wahl bei Offenburg, 8. März. (Ernannt.) Der hochw. Herr Stadtpfarrer Schweizer von Schopfheim im Wiesental wurde zum hiesigen Pfarrer ernannt.

Gemeindepolitik.

Mannheim, 7. März. Der Bürgerausschuß hat der Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs für eine dritte Neckarbrücke (im Zuge der Metz- und Kronprinzstraße) zugestimmt.

Karlsruhe

den 8. März 1925.

Republikanischer Tag am 14. und 15. März.

Die Vorbereitungen für den republikanischen Tag, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. März, verbunden mit Gaubannerweihen, Schützenparaden, Tausende Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ werden an den beiden Tagen innerhalb der Mauern unserer Landesausstellung weilen.

Die republikanisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe wird von der Festleitung ersucht, zu Ehren der Reichsbannerleute aus den Gaue Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Baden ihre Häuser zu beflaggen.

Rath. Presseverein. Am Dienstagabend, den 10. März, pünktlich 7 1/2 Uhr, findet in der Badenia (Blerstraße 42) Vorstandssitzung des Rath. Pressevereins statt.

Bad. Schwarzwaldverein. Die Ortsgruppe Karlsruhe hielt letzten Donnerstag im Gartenplatz des Moninger ihre

Hauptversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Aus dem vom 1. Vorsitzenden Herrn Prof. Massinger erstatteten Jahresbericht ist hervorzuheben, daß im Berichtsjahre die drei im Gebiet der Ortsgruppe liegenden Zugangswege zum Höhenweg instand gesetzt, die Brücke über den Wettersbach im Durlacher Walde wiederhergestellt und zahlreiche Wege wieder erneuert oder frisch angebracht wurden.

Der Kassenbericht wurde von Herrn Schatzmeister Noé erstattet; er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 18 071.55 M ab, das Vermögen am Jahresabschluss beträgt 4215.26 M.

Als Ergebnis der auf den Vortrag des Rechnungsberichts folgenden Aussprache ist festzustellen, daß die Bibliothek künftig auf andere Weise als bisher untergebracht werden soll.

Die Schriftvergleichung in Theorie und Praxis. Ueber dieses Thema hielt am Mittwoch, den 4. März, auf Veranlassung der Freien Vereinigung für Polizeitechnik im Landespolizeiamt in Karlsruhe Herr Dr. jur. Schneider, Leiter des Erziehungsdienstes beim Polizeipräsidenten Berlin, einen Vortragsvortrag.

Die ausgestellten Stücke verraten kein sympathisches Wesen. Es handelt sich auf jeden Fall um eine lebhaft empfindende Natur von großer Empfindlichkeit und persönlichem Geschmack, welche da vor uns hintritt. Aber auch die Schattenseite fehlt nicht.

Die schwache Seite der Czapek'schen Werke, ihr nur privater Charakter und ihre formale Unselbständigkeit, hindert nicht, daß es in einzelnen Fällen zu recht ansprechenden, meist mehrschichtig gefühlvollsten Schöpfungen kommt.

Schleierdings unverständlich, allerdings dünkt uns die überste „synthetische“ Qualität der Kulturprogramme und -projekte. Eine Natur wie die Czapek's wird durch diese Einförmigkeit am hiesigen Orte sicherlich kaum gefördert. Weniger wäre da mehr gewesen.

Die Stücke Edmund Landees verraten ein Talent, das vor allem in der farbigen Fläche sich auszuweisen strebt. Das Raumgefühl ist noch nicht sonderlich stark ausgebildet.

zuehungskraft, die noch nicht erloschen ist und auch bleiben wird. Es ist eine Volksoper in des Wortes vollstem Sinne. Das Duet: „Das teure Vaterland zu retten“ soll in Brüssel f. Ji. bei dem Theater besuchende Masse so begeistert haben, daß sie auf den Straßen es immer wieder anstimmte.

Das Theater hat ein interessantes Programm bereinigt und auch hier werden die Italiener gastieren und zwar in 3 Opern. Wir werden darüber berichten.

Unsere Bürgerausstellungen verließen zufriedenstellend, wie es bei der Umstich der städtischen Verwaltung zu erwarten. Man kann über unseren Oberbürgermeister sagen was Malenka in zu Wrange über den schwedischen Kanzler „Orensterna“ sagt: „Es ist ein klug anständig Haupt, Herr Wrange, dem Ihr dienet!“

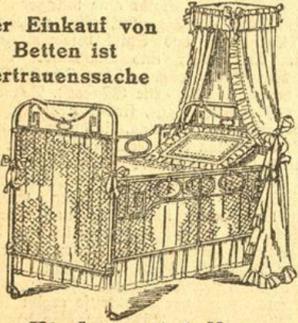
Kunstaussstellung Gerber & Schawinski. Ausstellungen R. Czapek, E. Landsee. Innsbruck.

Rudolf Czapek, der vor einigen Tagen für die Gesellschaft für geistigen Aufbau hier einen

die Gesellschaft für geistigen Aufbau hier einen



Der Einkauf von Betten ist Vertrauenssache



**Kinderbettstellen**  
in Holz und Metall  
18.50 24.— 27.— 30.— bis 58.—

**Komplette Kinderbetten**  
von Mk. 49.50 an  
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung!  
Gut! Schön! Preiswert!

**Bettenhaus Budndahl**  
Kaiserstraße 144 Karlsruhe Hauptpost

**Pianos**  
Uebel & Lechleiter  
Allein-Vertretung  
**H. MAUPER**  
Kaiserstr. 176

**Photo's**  
für  
Pässe, Fahrkarten  
und Offerten  
schnellstens 606

**Rausch & Pester**  
Photogr. Atelier  
Gröbpingenstr. 3.

**Heirat.**  
Für meine Verwandte  
gebild. Fr., Ende 30, v.  
angenehm, guten Cha-  
rakter, tüchtig im Haus-  
halt mit Vermögen, lüde  
ich Herrn (kath.) in  
gesicherter Position auch  
Witwer m. 2. Dstfrt.  
Ehrenmache. Off. u. 1312  
an die Geschäftsst.

# Frühlings-Neuheiten

Die neuesten Bindungen und Farbentöne in unvergleichlicher Auswahl und Preiswürdigkeit

Spezialgeschäft für Herren- und Damenkleiderstoffe

## Leipheimer & Mende

**Wasche mit Luhns**

**Colosseum**  
Heute abend 8 Uhr 988  
Ach hält' ich doch 'ne Frau.

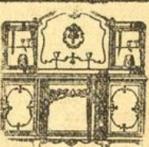
**Kath. deutsch. Frauenbund.**  
Freitag, den 13. März 1925,  
abends 8 Uhr  
im Kleinen Festhallsaal

## Versammlung

für die kat. Frauen aller Pfarre mit Vortrag  
von Herrn Pfarrkurat Jakob Wörzheim-Dillstein:  
„Was sagt Christus zu den Lehren und Besagungen der sogenannten „Ersten Bibelforscher“?“

Num. Platz 1.— Mt. Nichtnum. 50 Pf. g.  
Mittelsadt bei Herder; Oststadt bei Kern; Südstadt bei Weber; Weststadt bei Zahn; Mühlburg bei Renner; Rüppurr ab Samstag, 7. März  
Saalöffnung 7 1/2 Uhr.

**la Bronze-Glocken**  
Gebrüder Bacherl  
Karlsruhe, Baden.



**Möbel**  
in einfacher bis feinsten Art liefern sehr preiswert 992

**Karl Thome & Co.**  
Möbelhaus  
23 Herrenstrasse 23  
gegenüb. d. Reichsbank.

Das **St. Konradsblatt** muß in jeder Pfarrei und Familie von Baden und Hohenzollern Heimat- und Hausrecht bekommen!

**Warum?**

Das St. Konradsblatt arbeitet durch religiöse Belehrung und Erbauung, durch geistige Förderung und Vertiefung an dem großen Seelsorgetwerk unserer Erzdiözese.

Das St. Konradsblatt wird im Hinblick auf die drohende Hebermacht der glaubensgleichgültigen und kirchenfeindlichen Literaturerzeugnisse vom Hochwürdigsten Herrn Erzbischof auf das Wärmste empfohlen.

Das St. Konradsblatt unterhält einen reichhaltigen Stellenmarkt mit Angebot und Nachfrage für männliches und weibliches Personal, sowie einen allgemeinen Inseratenteil, aus dem jeder Leser Nutzen ziehen kann.

Das St. Konradsblatt erscheint wöchentlich einmal in schönem und wirkungsvollem Kupfertiefdruck, enthält zahlreiche Bilder aus dem kirchlichen wie weltlichen Leben und kostet nur 50 Pfennig pro Monat.

**Verlangen Sie bitte eine Probenummer** oder machen Sie heute noch eine Bestellung bei unserem Agenten, der Post oder direkt beim Verlag des St. Konradsblattes in Karlsruhe, Adlerstraße Nr. 42.

**Blütenreinen Teint**  
verleiht die „MAGIC“-Hautsalkur. 6,50 Nachnahme Geber-V.-Ges., Freiburg i. Br. 51.

**Inserate**  
finden durch den **Badischen Beobachter** weiteste Verbreitung.

**Elisäber-Netze-Geschäft**  
Karlsruhe  
Viktoriastraße 10 III.  
Billige Netze nach Gewicht eingetroffen, ebenso Netze, Samat und Vitruv. 490  
Beluch lohnend.

**Sonig**  
(keine minderwertige Auslandsware) verlesen in Postkörben von 1 1/2 Pfund an  
Großhandlung Ebersbach  
So. Billigster Preis auf Anfrage.

# AGO-Ausstellung

am 7., 8., 9. März 1925  
in der Ausstellungshalle  
KARLSRUHE

**Der unsterbliche Schuh.**

Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr.  
Eintritt 50 Pfennig. 1322

**Das ganze Jahr hindurch**  
Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren. 558

**Verkauf von Puppen und Puppenartikeln**  
Erste Karlsruher Puppenklinik  
**H. Bieler**  
Kaiserstrasse 223  
zwischen Douglas-u. Hirschst

**Religiöse Volkschriften**  
bereits über 170 000 Stück verbreitet!  
Herausgegeben von Dompräbiter **Karl Fischer**

**Aufwärts zum Himmel**  
Sonntagsheftungen  
5. Tausend Gebunden M 1.50  
Kurzgefaßte Erklärung der heiligen Messe  
40. Tausend erscheint Ostern 1925.  
35. Tausend Geheftet M —.10  
Beichtbüchlein für Desterbeichtende  
25. Tausend Geheftet M —.10

**Kommunionbüchlein**  
für Desterkommunizierende  
20. Tausend Geheftet M —.10

**Mein Herz dem Himmelkönig**  
Kurze Betungen  
am Vorabend der hl. Kommunion  
10. Tausend Geh. M 1.—, geb. M 2.—

**Mit Maria zur hl. Kommunion**  
5. Tausend Geheftet M —.15

**Der glorreiche Rosenkranz als Vorbereitung auf die hl. Kommunion**  
5. Tausend Geheftet M —.10

**Briefe**  
an die lieben Erstkommunikanten  
Ein Vorbereitungsbüchlein  
30. Tausend Geheftet M —.20  
Karton M —.60, Gebunden geb. 1.20

**Ein Weisse vor dem Tabernakel**  
Ein Besuchsbüchlein  
20. Tausend Geheftet M —.15

**Trag dein Kreuz**  
Ein Trostbüchlein in schweren Stunden  
14. Tausend Geheftet M —.15

**„Betrachtungen“**  
Enthaltend aus vorstehenden Fischerschen Schriften die Bändchen:  
„Eine Weisse vor dem Tabernakel“,  
„Kurzgefaßte Erklärung der hl. Messe“,  
„Beichtbüchlein für Desterbeichtende“,  
„Kommunionbüchlein für Desterkommunizierende“,  
„Mit Maria zur hl. Kommunion“,  
„Der glorreiche Rosenkranz“,  
zusammen gebunden in hübschem Halb-leinenband. Preis M 1.50

**Höhensonne**  
Wahre Erzählungen  
5. Tausend Geheftet M —.20  
... Der bekannte Volkschriftsteller Karl Fischer bietet seinen Lesern in diesem seiner „Höhensonne“ eine gar edle, fräftige Herzensstift, für die wir ihm zu großem Danke verpflichtet sind.  
Katholisches Volk, Seelsorger, Vereinspräsidien, greift herzhafst zu.

**Badenia**  
A.-G. f. Verlag u. Druckerei  
Karlsruhe.

**Stoffe zur Kommunion**  
für Knaben und Mädchen  
zum billigsten Preis  
**WILH. BRAUNAGEL**  
Herrenstrasse 7  
zwischen Kaiserstrasse und Schlossplatz.

**Selbständiger Bau- und Gitterschlosser**  
in mittlere Schlosserei für sofort — auch später — für dauernd gesucht. 1280  
Offerten unter 1260 an die Geschäftsstelle.

**Sämtliche Lebensmittel**  
kaufen Sie stets zu **Konkurrenz-Preisen**  
und nur erstklassigen Qualitäten bei den „Kola-Mitgliedern“  
(erkenntlich durch Mitgliedschild).

**FÜR ALLE ZWECKE fertigen wir**

# DRUCKSACHEN

in moderner und geschmackvoller Ausführung und bitten Interessenten, **Kosten-Voranschläge und Muster zu verlangen.**

**BADENIA A.-G. f. VERLAG u. DRUCKEREI**  
KARLSRUHE I. B., ADLERSTRASSE 42.

**Guter Schlaf**  
ist das beste Heilmittel  
Metallbetten für Groß und Klein, m. od. ohne Zubehör.  
Stahlmattzen, an Private, Bequeme Bedingung  
Katalog 74 R. frei.  
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

**Robrstühle**  
werden dauerhaft und billig geflochten.  
Höfch, Herrenstr. 60, III  
Hinterhaus.

**Badisches Landestheater**  
Montag, 9. März 1925  
G. 15, Theatergemeinde  
Nr. 1001—1300

**Die zärtlichen Verwandten.**  
Auffspiel in drei Akten  
von Robert Schühler.  
In Szene gesetzt von  
Fritz Herz.  
Personen:  
Edu. Barnau Nürnberg  
Ulrike Genter  
Eulie Reomann  
Abelgunde von Sollen  
Frauendörfer  
Dietrich Groß  
Jubna Gunte  
Dr. Bruno Bismar Weg  
Dr. Offenburg Alois  
Schummrid Wälder  
Reihold Schelber  
Zhuselbe Murhammer  
Anfang 7 Uhr  
Preis: Sperrsitze 1. 1.00,  
4.50 Pl. 1.25

Nu  
Erde  
und  
Prakt  
Gärten

Beg

Genf,  
herricht  
die groß  
reiche D  
1/2 11 Uhr  
ten der  
ersten e  
Der Auf  
ausgesho  
öffentlich  
Reihe ve  
dem Gef  
der über  
Am Nach  
den. Ein  
über die  
den Arbeit

Genf

Paris  
Eröffnung  
Schweid  
einnimmt  
Hmans  
Regierung  
wurde, fo  
Berriot z  
abend in  
sichte n  
der „Infor  
der Frage  
Lands z  
reits eine  
kommen  
erklären,  
Wünsche  
habe, in d  
Deutschlan  
in Kat erl  
von Deut  
Bund gek  
standen we  
die Forder  
im Falle  
werden, ch  
gehöre. V  
Deutschlan  
geneigt zu  
Aufgabe z  
vertagt we  
Entmilitar  
erkennung  
den hat,  
scheint der  
sein, den  
einen tedn  
Beschwerde  
reiten.

Die P

„Das ei

Paris, h  
kommen h  
Beiprechun  
und Ser  
der nach li  
französisch  
greifbare  
Ministerr  
hali Loj  
Lujnah  
Bölkere  
weitere Br  
anerbieters  
Regierung  
keinerlei  
land Mitgl  
fer Deutich  
geknüpft  
die Berst  
den Trupp  
Gebiet zu  
politischen  
Grade gef  
nommen,  
Lands 5—  
In der B  
zödische  
weiterer  
minna z  
betreiben  
den Gener  
und Belgi  
bestehen  
Staaten b